

nicht wie bisher am 1. Januar — beginnen dürfen und am 15. Februar beendet sein müssen. Der nächste Zeitraum ist vom 10. Juli bis 15. August. Zwei Ausverkäufe sind im Kalenderjahre zugelassen, von denen nur einer als Inventurausverkauf bezeichnet werden darf. Sie dürfen einen Zeitraum von je zwei Kalenderwochen — einschließlich der in diese Zeit fallenden gesetzlichen Feiertage — nicht überschreiten.

(Kilometerhefte bei der Reichsbahn?) Wegen der Einführung von Kilometerheften hat sich, dem Berliner Tageblatt zufolge, die Reichsregierung erneut mit der Deutschen Reichsbahngesellschaft (Hauptverwaltung) in Verbindung gesetzt. Die Verhandlungen in dieser Angelegenheit sind noch nicht abgeschlossen worden.

(Ein offenes Wort zum rohen Sport.) In der „Dresdner Volkszeitung“ lesen wir folgende Betrachtung Leipziger Sportereignisse, der wir grundsätzlich nur zustimmen können: „Der Boxsport hat nun auch in Leipzig seinen Einzug gehalten. Im Grunde genommen hat dieser Sport nichts mit Sport zu tun, es sei denn, daß man in ihm einen Sport des Raseneintreibens, des Kinnaushaltens, des Magenverzehrens usw. sieht. Aber die gesamte bürgerliche Presse triumphiert. Wochenlang wurde täglich das „große Ereignis“ reklamatorisch breitgetreten. Leipzig macht Fortschritte. Leipzig ist auf dem Wege, Weltstadt im „modernsten“ Sinne des Wortes zu werden. Leipzig bekommt sogar gewisse Weisenszüge gewisser amerikanischer Städte, wo man schon seit Jahrzehnten für das Schauspiel der Rasenverzegung die höchsten Preise zahlt. Früher war es „gute deutsche Art“, sich gegen die öffentliche Vorführung solcher Rohheiten zu wenden; heute möchte ein echter Deutscher auf den Anblick vehementester Blutspritzer aus dem Schönheitsgübel einer Boxerfront sowie auf den ästhetischen Anblick einer von Boxerfaust geschlossenen „Fensterläden“ nicht verzichten. Noch viel weniger aber ist eine echte deutsche Jungfrau zu solchem Opfer bereit. So wird die Boxerfaust zu einer Kulturschande. Hui Teufel über jene, die ihrer Vergnügungssucht nur frönen unter dem Keuchen und Stöhnen mißhandelter Menschenleiber. Der Umstand, daß die Boxer für Ehre und Geld dazu getrieben werden, macht die Schande noch zur Schmach.“

Baugen. (Parteiwechsel.) Der Stadtverordnete Oberjustizsekretär Friedrich, der im Kollegium das Amt des Schriftführers bekleidet, ist aus der Reichspartei des deutschen Mittelstandes ausgeschieden und wird sich laut Baugner Tageblatt wahrscheinlich der deutschnationalen Fraktion anschließen.

Baugen. (Großes Fischsterben in der Spree.) Vermutlich durch Ableitung giftiger Industrieabwässer in die Spree ist ein großes Fischsterben verursacht worden, durch das bereits über 100 Berliner Fischbestand vernichtet wurde. Die Ursache der Vergiftung des Flußlaufes und damit der großen Leiche der Lauffische Heide und der Charakter der Erkrankungen ließen sich noch nicht einwandfrei feststellen. Jedenfalls ist der gesamte Fischbestand, der einen Wert von etwa 60 000 Mark repräsentiert, in ernster Gefahr.

Ostrik. (Die Unterschlagungen beim Spar- und Vorschußverein.) Der Geschäftsführer des Spar- und Vorschußvereins Ostrik, Grohmann, stellte sich vor einigen Wochen der Staatsanwaltschaft mit der Selbstbeziehung, 30 000 Mark unterschlagen zu haben. Nach dem Ergebnis der vom Landesrevisionsverband der sächsischen Genossenschaften veranlaßten genauen Nachprüfung der Kasseneinträge gegen Vorhandensein sich die Veruntreuungen jedoch auf über 59 000 Mark. Vorbehaltlich der Regressansprüche gegen Vorhandensein und Aufsichtsrat beschloß die daraufhin einberufene Generalversammlung der Genossenschaft, den Fehlbetrag durch Abschreibung von den Haftungsanteilen zu decken. Irrendwelsche Schwierigkeiten im Geschäftsbetriebe der Genossenschaft sind nicht entstanden. Grohmann soll das Geld durch unglückliche Börsenspekulationen verloren haben.

Sohland a. d. Spree. (Einen schnellen Tod) erlitt der in unserem Orte an der Lessingschule amtierende Lehrer und Schulleiter Albert Schwerdiner im Alter von 38 Jahren. Der allgemein beliebte und geachtete Mann wurde, als er sich mit seiner Familie zu Besuch bei Bekannten befand, von einem plötzlichen Unwohlsein befallen. Herr Schwerdiner begab sich hierauf vor seiner Familie in die Wohnung zurück; als seine Frau dieselbe kurz darauf betrat, fand sie ihren Gatten, von einem Herzschlag getroffen, tot auf.

Dresden. (Zum Gutachten über die Verwaltungsreform.) Von der Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei wird geschrieben: Die „Leipziger Volkszeitung“ und die „Gemeinnützige Volksstimme“ benutzen das Gutachten des Staatsratsvorsitzenden zur sächsischen Verwaltungsreform, um wieder einmal unter Verdrehung von Tatsachen gegen den Ministerpräsidenten Heldt Angriffe zu erheben, indem behauptet wird, daß der frühere Ministerialdirektor Dr. Lempe im Jahre 1924 bereits vorgeschlagen habe, Amtshauptmannschaften zusammenzulegen, Kreisamtspräsidenten aufzuheben, Nebenstellen zu beseitigen, das Sächsische Landesversicherungsamt aufzuheben und dergl., der Ministerpräsident Heldt aber auf Vorschlag der Staatskanzlei die Vorschläge abgelehnt habe. Hiervon ist so viel richtig, daß der frühere Ministerialdirektor Dr. Lempe am 23. November 1923 ein knapp neun Seiten langes Schreiben an die Staatskanzlei gerichtet hat, in dem er neben der Beseitigung des Zwangswesens Sayda und der Amtshauptmannschaft Weida die Zusammenlegung der Amtshauptmannschaften Dresden-W. und Dresden-N. und ferner die Aufhebung der Kreisamtspräsidenten Baughen, die Beseitigung der Landesversicherungsämter Dresden und Leipzig, die Beseitigung der Landesversicherungsämter Baughen und der Landeswetterwarte aber Bedenken geltend gemacht. Die Verschmelzung der beiden Dresdner Amtshauptmannschaften ist inzwischen erfolgt. Dieser ganze interne Vorgang kann lediglich als Vorbereitung der Verwaltungsreform gewertet und mit der gegenwärtigen Aktion gar nicht verglichen werden. Bedauerlich ist nur der Fretum des Gewärtigungsamtes der beiden genannten Zeitungen insofern, als er den Vorgang in die Zeit der Ministerpräsidentenschaft Heldt verlegt. Wie schon die angegebenen Daten beweisen, haben die Vorgänge unter einer früheren Regierung gespielt und das Unglück will es, daß es der damalige Ministerpräsident Fritzsche war, der den Zeitpunkt der Staatskanzlei gebilligt hat. * So Vorsicht in der Verwendung von Nachrichtenstellen gegen den Ministerpräsidenten Heldt!

Vorstehendes Telegramm hat sich mit folgendem Telegramm des Reichspräsidenten v. Hindenburg getreuzt: „Es ist mir ein lebhaft gefühltes Bedürfnis, Ihnen, Herr Bundespräsident, und dem österreichischen Volke zum Jahreswechsel die herzlichsten Glückwünsche auszusprechen. Möge die schwere Arbeit am nationalen Wiederaufbau Österreich und Deutschland im kommenden Jahre weiter vorwärts und aufwärts führen.“

Dr. Marx zum neuen Jahr.

Rundgebung des Reichskanzlers. Hamburg. Das „Hamburger Fremdenblatt“ veröffentlichte am 31. Dezember 1927 die nachstehende Rundgebung des Reichskanzlers Dr. Marx:

Das verfllossene Jahr hat uns auf dem Wege des Wiederaufbaues unverkennbar ein gutes Stück weitergebracht. Wir wollen hoffen und wünschen, daß am 1. Januar 1928 das gleiche gesagt werden kann. Das kommende Jahr ist ein schicksalsschweres, es ist ein Jahr der Wahlen. In Deutschland, Frankreich, Amerika finden Neuwahlen der Parlamente statt. Alle sind sie von größter Bedeutung für Deutschlands Zukunft.

Dies beschließen, ohne Rücksicht auf engherzige Interessen von Stand oder Beruf,

unbekümmert ob Lob oder Tadel kurzfristiger und selbstsüchtiger Volkskreise, nur beseelt von dem Entschluß, unserem armen deutschen Volke voranzuhelfen, bereit, allen Parteihader und Interessententumpe zu stellen, entschlossen, die republikanische, durch die Verfassung von Weimar geschaffene Staatsform zu ehren und zu schützen. Geleitet von dem Gedanken, dem Ganzen zu dienen und der Wohlfahrt des gesamten Volkes.

Fällt die Entscheidung in diesem Sinne, so können wir vertrauensvoll dem Erfolg dem Willen des Allmächtigen anheimstellen. Möge das Jahr 1928 dem deutschen Volke ein segnetes und glückliches sein.

Die Fehlbilanz des „Temps“.

Das unerfüllte Locarno.

Berlin. In Berliner politischen Kreisen hat der Neujahrs-Artikel der offiziellen französischen Zeitung „Temps“, in dem die außenpolitische Bilanz Frankreichs für das abgelaufene Jahr gezogen wird, stark bestreudet. Wenn der „Temps“ glaubt, auf die Frage, ob die Reichsregierung endgültig entschlossen sei, die jetzt befolgte Politik weiter zu treiben, keine eindeutige Antwort geben zu können, so wird demgegenüber darauf hingewiesen werden müssen, daß Deutschland die durch Locarno gekennzeichnete Politik konsequent und loyal fortgesetzt hat.

Die Unterstellung, daß Deutschland nach neun Jahren seit Beendigung der Feindseligkeiten immer noch nicht moralisch abgerüstet habe, entbehrt jeder Begründung und muß energig zurückgewiesen werden. Deutschereits muß erneut darauf hingewiesen werden, daß auch heute nach mehr als zwei Jahren nach dem Abschluß des Locarnovertrages die damals Deutschland fest zugelegten Rückwirkungen nicht voll erfüllt sind. Noch immer stehen farbige Truppen im besetzten Gebiet; noch immer ist von der längst versprochenen Angleichung der Besatzungstruppen an die Stärke der deutschen Vorkriegsgarnisonen nichts zu merken.

Parter Gilbert bei Mellon.

Die Notwendigkeit der Festsetzung der Reparationszahlungen.

London. Wie aus Washington gemeldet wird, hatte der

Generalagent für Reparationen, Parter Gilbert, am Jahreschluß eine Aussprache mit Schatzsekretär Mellon. Die Unterhaltung bezog sich auf die Durchführbarkeit des Dawesplanes im Zusammenhang mit dem letzten Bericht des Reparationsagenten. Mellon vertrat dabei die Ansicht, daß eine Lösung des Reparationsproblems nicht zu erreichen sein werde, bis eine feste Summe der von Deutschland zu leistenden Reparationszahlungen vereinbart worden sei und Deutschland seine Bereitwilligkeit zur freiwilligen Tilgung dieser Schuld erklärt habe. Jede ausländische Ueberwachung Deutschlands hätte dann aber wegzufallen.

Garvin für Abrüstung und Revision der Friedensverträge

London. Das Jahr 1927 bezeugt Garvin in einem längeren Rück- und Ausblick im „Observer“ als das Jahr der verpassten Gelegenheiten; innenpolitisch in erster Linie vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus, außenpolitisch sei der Fehlschlag der Genfer Abrüstungskonferenz der schwerste Fehler einer kritischen Regierung seit Jahrzehnten gewesen. Die Freundschaft mit Amerika müsse das erste Ziel der britischen Außenpolitik sein und Genf sei wieder gutzumachen, wenn die britische Regierung fortfahre, auf amerikanische Flottenbauten durch weitere britische Einschränkungen zu antworten. Diese Flottenreduzierung auf britischer Seite sei aber noch Garvin auch der Maßstab für die Aussicht einer allgemeinen Abrüstung. Auf der positiven Seite der letzten Jahresbilanz verzeichnet Garvin den überraschenden und fast unangenehmen Fortschritt Deutschlands, der in mehr als einer Hinsicht ein leuchtendes Beispiel für England sei. Ohne Verminderung der Rüstungen gebe es keine Steigerung der Sicherheit, ohne Revision des Versailler Vertrages keine ausreichende Sicherheit. Aber im Augenblick betrachte Frankreich jede mögliche Vertragsrevision als eine sich rechtfertigende Maßnahme. Die Rheinlandbesetzung bestimme die europäische Politik, die Zukunft des Dawesplanes bleibe ungewiß. Ohne eine vollständige Verständigung zwischen Großbritannien, Frankreich und Deutschland könne es keine dauerhafte Lösung in Europa auf des Basis eines gesicherten Friedens geben. Garvin schließt damit: Es bestehe guter Grund für die Annahme, daß das Jahr 1928 ein Jahr der Prosperität und der Förderung der allgemeinen Verständigung werde. Voraussetzung hierfür sei aber, daß die Fehler des Jahres 1927 nicht wiederholt werden und daß auf allen Seiten der Wille zur Verständigung und zum Ausgleich vorherrsche.

Loyale Neujahrsbetrachtungen der Parter Presse

Paris, 2. Januar. Die Pariser Presse stellt fast allgemein loyale Neujahrsbetrachtungen an, in denen ein breiter Raum der Finanzpolitik Poincarés in den kommenden Wahlen gewidmet ist. Die regierungstreuen Organe heben den Erfolg der Finanz- und Währungslenkung hervor, den sie als ein persönliches Verdienst Poincarés feiern. In den außenpolitischen Betrachtungen wird die allenthalben zu verzeichnende Entspannung und Befriedigung drohender Gefahren, besonders in Osteuropa, unterstrichen. Auf das Problem der deutsch-französischen Beziehungen geht besonders ausführlich „Paris-Midi“ ein, der u. a. schreibt: „Zweifellos ist in den deutsch-französischen Beziehungen seit Dohry ein gewisser Stillstand zu verzeichnen, aber gleichwohl hat das Jahr 1926 den völligen Eintritt Deutschlands in den europäischen Konzern gesehen. Seine Teilnahme am Völkerbund hat sich als ein Erfolg erwiesen und Streikman ist es gelungen, selbst die Deutschenationalen auf seine Politik zu verpflichten. Das Jahr, das mit dem Zwischenfall der Disarmierungen begann, sah die Aufhebung der Militärkontrolle und die Verringerung der Rheinlandtruppen. Deutschland hat sich außerdem prinzipiell seiner finanziellen Verpflichtungen aus dem Dawesplan entledigt. Die Zeit ist zweifellos nicht mehr fern, wo man der Räumung des linken Rheinufers und der endgültigen Festlegung der deutschen Schuld entgegengeht.“

Transportgewerbe gefällte Schiedspruch ist von Arbeitnehmern wie Arbeitgebern angenommen worden. Die neuen Tarifbestimmungen traten am 1. Januar in Kraft.

Dresden. (Schwerer Zusammenstoß.) In Dresden-N. ereignete sich an der Ecke Bischofsweg und Förstereistraße ein außerordentlich heftiger Zusammenstoß zwischen einem Lastkraftwagen und einem Straßenbahnzug. Drei Fahrgäste und der Schaffner des Anhängewagens wurden dabei erheblich verletzt. Der Schaffner mußte dem Krankenhaus zugeführt werden.

Dresden. (28 000 Erwerbslose.) Nach einem Bericht des Dresdener Arbeitsnachweises hat sich die Zahl der Arbeitslosen durch den plötzlich einsetzenden Schneefall und anhaltenden Frost, der fast alle Außenarbeiten verhinderte, in kurzer Zeit um rund 10 000 erhöht. Der Witterungsumschlag nach den Weihnachtsfeiertagen ermöglichte zwar eine teilweise Wiederaufnahme der Außenarbeiten, sie mußten aber im Laufe der letzten Woche erneut eingestellt werden. Die Zahl der Arbeitslosen ist daher in den letzten Tagen des alten Jahres auf 28 218 gestiegen.

Leipzig. (Sonderchau Fremdenverkehr und Bäder.) Im Rahmen der Leipziger Frühjahrsmesse 1928 wird vom 4.—14. März in Halle 5 des Ausstellungsgeländes eine Sonderchau für Fremdenverkehr und Bäder gezeigt werden. Die Sonderchau, der ein Reichs- und Auskunfts-bureau angegliedert ist, soll über Erholungsmöglichkeiten, Vergnügungsorte, Ferien- und Wanderfahrten Aufschluß geben.

Die Lausitzer Industrie im vergangenen Jahre

Von unserem Handelsmitarbeiter.

Wenn man von der Scheinkonjunktur während der Inflationszeit absieht, ist es das erste Mal seit Kriegsende, daß mit Verliebtheit festgestellt werden kann: Die Lage der Lausitzer Industrie war im verflossenen Jahre betriebliegend. Die Besserung der Verhältnisse, die bereits im Jahre 1926 zu verzeichnen war, machte im Jahre 1927 kräftige Fortschritte. Das kommt am deutlichsten zum Ausdruck in dem starken Sinken der Erwerbslosigkeitsziffern. Während in den Jahren vorher Ueberfluß an Arbeitskräften herrschte, wurden im verflossenen Jahre die vorhandenen Arbeitskräfte durch den starken Geschäftsgang der Industrien nicht nur voll absorbiert, sondern es herrschte in den einzelnen Branchen sogar Arbeitermangel, eine Erscheinung, die in diesem Ausmaße vorher ebenfalls nicht zu beobachten gewesen ist. Die Mehrzahl der Fabriken arbeiteten voll, und eine ganze Reihe mußten mit Ueberstunden arbeiten.

Rückhaltlos kann also festgestellt werden, daß die Beschäftigung im vergangenen Jahre im Vergleich mit dem Jahre 1926 auf einem hohen Stande stand.

auf die Lage der Industrie überhaupt schließen. Die geschäftliche Seite war durchaus nicht so glänzend wie die arbeitstechnische. Die gute Beschäftigung stütze sich fast ausschließlich auf die verstärkte Nachfrage des Auslandes. Eine wesentliche Belebung des Exports hat auch das Jahr 1927 nicht gebracht. Und doch ist die Ausfuhr der Lebensmittel auch unserer Lausitzer Industrie. Die Gründe für das Darniederliegen des Exports sind darin zu suchen, daß unsere Industrie auf dem Weltmarkt infolge zu hoher Beschäftigungskosten und hoher Belastungen nicht wettbewerbsfähig ist und daß sich viele Länder, in die vor dem Kriege lausitzer Erzeugnisse gingen, eine eigene Industrie herangezogen und sich selbstständig und unabhängig gemacht haben. Dadurch sind der lausitzer Industrie große Absatzgebiete verloren gegangen, die sie wohl kaum je wieder zurückerobern wird.

Eine weitere Schwierigkeit im verflossenen Jahre lag in der Steigerung der Rohstoffpreise, die fast das ganze Jahr hindurch anhält und die in einzelnen Branchen 40—50 Prozent betrug. Infolgedessen mußte die Industrie ihrerseits zu Preissteigerungen für Fertigfabrikate schreiten, doch konnten diese mit keinem Schritt gehalten. So stand das vergangene Jahr im Zeichen der Preissteigerungen auf fast allen Gebieten.

Erfreulicherweise kann festgestellt werden, daß die gegenseitigen Preisunterbietungen, die sie noch voriges Jahr an der Tagesordnung waren, und die damit verbundenen Schleudereien, welche wiederum zahlreiche Interessen nach sich zogen, erheblich nachgelassen. Die geschäftliche Stabilität hat zweifellos eine starke Befestigung erfahren. Darin spricht die Kurve der Konkurse und Geschäftsaussichten, die im vergangenen Jahre sich absteigend bewegte.

Allerdings stand die Industrie gerade im Jahre 1927 im Zeichen bedeutender Lohnbewegungen. In allen Industriezweigen fanden wiederholt Lohnbewegungen statt. Doch nahmen die Lohnbewegungen im allgemeinen einen ruhigen Verlauf, wenn es auch zuweilen schien, als sollten sie zu schweren Krisen führen, wie dies in der Textilindustrie der Fall war. Im allgemeinen konnten Streiks v. rüden werden. Nur die Tabakindustrie und der Kohlenbergbau hatten Ausflüße zu verzeichnen, die aber auch nicht von allzulanger Dauer waren.

Es erübrigt sich, ob die einzelnen Industriezweige des näheren einzugehen. Sie haben an der fortschreitenden Besserung sämtlich partizipiert, der eine mehr, der andere weniger. Am günstigsten war wohl der Beschäftigungsgrad in der Textilindustrie, welche bekanntlich das Hauptkontingent der Lausitzer Industrie aufweist. Gerade auf sie trifft es zu, daß in der Lausitz arbeitslose Textilarbeiter nicht mehr vorhanden waren und daß infolge der starken Nachfrage Arbeitskräfte aus anderen Branchen angelockt werden mußten. Die starke Nachfrage nach Lausitzer Industrieprodukten reflektiert hauptsächlich in der Steigerung der Rohstoffpreise, hauptsächlich der Baumwolle.

Einen mächtigen Aufschwung kann im verflossenen Jahre auch die Lausitzer Stahlindustrie verbuchen. Die Nachfrage nach Lausitzer Grant hat anhaltend lebhaft und die Jahreswende können die Steinwerke recht gute Leistungen verzeichnen, insofern dieser Erwerbszweig auch ins neue Jahr hinüber mit guten Ausichten geht.

Die Schmelzindustrie, ebenfalls ein wichtiger Zweig der heimischen Industrie, war fast während des ganzen Jahres voll be-